
Soziale Gerechtigkeit und europäische Integration: Werte und Gerechtigkeitsüberlegungen aus einer Habermas'schen Perspektive

Rosa Sierra



Édition électronique

URL : <https://journals.openedition.org/allemande/633>

DOI : 10.4000/allemande.633

ISSN : 2605-7913

Éditeur

Société d'études allemandes

Édition imprimée

Date de publication : 30 juin 2018

Pagination : 27-44

ISSN : 0035-0974

Référence électronique

Rosa Sierra, „Soziale Gerechtigkeit und europäische Integration: Werte und Gerechtigkeitsüberlegungen aus einer Habermas'schen Perspektive“, *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* [Online], 50-1 | 2018, Online erschienen am: 30 Juni 2019, abgerufen am 19 Mai 2021. URL: <http://journals.openedition.org/allemande/633> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/allemande.633>

Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande

Soziale Gerechtigkeit und europäische Integration: Werte und Gerechtigkeitsüberlegungen aus einer Habermas'schen Perspektive

■ Rosa Sierra *

Einleitung

Seit Jahrzehnten werden zahlreiche Debatten über die Gestaltung und Erfordernisse einer transnationalen Ebene, die sich im Rahmen der ökonomischen und politischen Integration Europas entwickelt, durchgeführt. Insbesondere die Dimension der demokratischen Legitimation ist dabei thematisiert worden und in jüngerer Zeit ebenfalls Fragen der Gerechtigkeit. Letztere kommen v.a. in zwei Ausprägungen vor: Erstens als die Feststellung von konkreten Gerechtigkeitsdefiziten in der Europäischen Union, die verschiedene Sphären betreffen, u.a. das europäische Recht, die europäischen Institutionen und die (unzulänglichen) demokratischen Mechanismen⁽¹⁾. Sie bringen vornehmlich Ansprüche der sozialen und politischen Gerechtigkeit zum Ausdruck. Zweitens als die Idee, dass Gerechtigkeit als *normatives Prinzip* der europäischen Integration sowie als Wert der europäischen Institutionen und der Gesellschaft betrachtet werden kann und soll, und eine entsprechende konsequente Gestaltung unterschiedlicher Handlungsbereiche erfordert⁽²⁾. In dieser Hinsicht werden Konzeptionen der sozialen und Verfahrensgerechtigkeit ins Zentrum gestellt.

Von den Reflexionen, die unter der zweitgenannten Form – d.h. Gerechtigkeit als leitendes Prinzip und Wert der EU – gefunden werden, weisen einige auf die Gründe

* Dr. Rosa Sierra ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Philosophie der Goethe-Universität Frankfurt.

1 Eine ausführliche Übersicht dazu bieten die gesammelten Beiträge in: Dimitry KOCHENOV, Gráinne DE BÚRCA, Andrew WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?*, Oxford/Portland, Hart Publishing, 2015.

2 Siehe Erik ERIKSEN, *Die Normativität der Europäischen Union*, Freiburg/München, Verlag Karl Alber, 2014 und Andrew WILLIAMS, *The Ethos of Europe. Values, Law and Justice in the EU*, Cambridge, Cambridge University Press, 2010.

hin, *warum* Ideen der Gerechtigkeit als Prinzip und Wert in der Europäischen Union öffentlich anerkannt und institutionell verankert werden *sollten*. Die Überlegungen, die ich in diesem Aufsatz betrachten möchte behandeln aber darüber hinaus die Frage, *inwiefern* Ideen der Gerechtigkeit als normatives Prinzip im Europäischen Integrationsprojekt gelten *könnten*, d.h. welche Tendenzen die Verankerung solcher Prinzipien und Werte belegen. In diesem Sinn hat J. Habermas 2001 im Rahmen seiner Überlegungen zum europäischen Verfassungsprojekt die Ansicht artikuliert, dass anschließend an einem der ursprünglichen Ziele bei der Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft europäischer Länder, ein aktuelleres Motiv gewonnen werden kann, um die Verstärkung der Union energisch fortzuführen. Dieses wohlstandsbezogene Motiv würde sich im Kontrast zu einem „neoliberalen Weltbild“ definieren⁽³⁾ und wäre in dieser Hinsicht stark von Gerechtigkeitsüberlegungen abhängig, die jedoch nur wirksam sein können, solange sie „in den Traditionen der herrschenden politischen Kultur verankert sind“⁽⁴⁾. Der zentrale Punkt, den ich in diesem Beitrag betrachten möchte ist, dass Habermas diese Verankerung von Gerechtigkeitsvorstellungen als „keine ganz unrealistische Annahme für die europäischen Länder“ präsentiert⁽⁵⁾.

Die Ansichten von Habermas werden somit im vorliegenden Aufsatz betrachtet, weil sie normative Argumente mit einer Einschätzung der faktischen Lage zusammenführen und dadurch einen Ansatz darstellen, der für die interdisziplinäre Arbeit fruchtbar gemacht werden kann⁽⁶⁾. Habermas' Ansatz ist aber für die vorliegende Reflexion zentral aus einem weiteren Grund: die *Komplexität* der Ansprüche auf soziale Gerechtigkeit ist bei Habermas' Ansichten zur europäischen Integration gut illustriert. Diese Komplexität ist in den analytischen Instrumenten und zugrundeliegenden Konzepten bereits sichtbar, die bei der Definition der Dimensionen für die Messung sozialer Gerechtigkeit in den Ländern der Europäischen Union angewendet werden⁽⁷⁾. Mit dieser Komplexität haben sich zentrale Debatten in der Sozial- und politischen Philosophie ausführlich auseinandergesetzt⁽⁸⁾. Dabei kommen drei grundlegende

3 Jürgen HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“, in: DERS., *Zeit der Übergänge*, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2001, S. 112.

4 *Ebd.*, S. 110.

5 *Ebd.*

6 Die Idee dieses Aufsatzes geht auf einen Workshop zurück, der mit dem Titel „Justice et action politique“ im Rahmen der Sommerschule „Europe et la fabrique de la justice“ des deutsch-französischen Forschungsnetzwerks „Saisir l'Europe – Europa als Herausforderung“ organisiert wurde. Die Reflexion um die zentralen Themen der Gegenwart Europas erfolgt dabei auf der Basis von interdisziplinärer Forschung und einer engen deutsch-französischen Zusammenarbeit bzw. gemeinsamer Bearbeitung der Themen in deutsch-französischen Tandem. Die methodische Zusammensetzung des vorliegenden Aufsatzes, insbesondere die interdisziplinäre Reflexion zwischen Philosophie und Empirie sowie der Fokus auf die Lage in Deutschland und Frankreich sind von dieser Herangehensweise geprägt.

7 Daniel SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the EU – Index report 2015. Social Inclusion Monitor Europe*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung, 2015; Daniel SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the OECD – How Do the Member States Compare? Sustainable Governance Indicators 2011*, Gütersloh, Bertelsmann Stiftung, 2011.

8 Nancy FRASER, Axel HONNETH, *Redistribution or Recognition? A Political-Philosophical Exchange*, London, Verso, 2003; Rainer FORST, „Das Wichtigste zuerst. Umverteilung, Anerkennung und Rechtfertigung“, in: DERS., *Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse. Perspektiven einer kritischen Theorie der Politik*, Berlin, Suhrkamp, 2011.

Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit zur Geltung – Umverteilung, Anerkennung und Rechtfertigung – deren Verhältnis im Habermas' Ansatz sichtbar wird. Diese Dimensionen können mit einer Idee verknüpft werden, die mittlerweile in anderen Diskussionen zur Gerechtigkeit in der Europäischen Union artikuliert wird: Defizite der demokratischen Legitimation hängen mit Ungerechtigkeitsformen zusammen⁽⁹⁾ und dieser Zusammenhang spricht dafür, die politische Integration Europas – ganz im Habermas'schen Sinne – weiter zu vertiefen.

Auch wenn die Ansichten von Habermas, die hier analysiert werden, aus dem Jahre 2001 stammen, haben sie weder im Rahmen des Habermas'schen Denkens noch angesichts gegenwärtiger Probleme an Relevanz eingebüßt. Zwar hat Habermas bei späteren Analysen des europäischen Verfassungsprojekts Fragen des Legitimationsdefizites und der transnationalen Erweiterung der Demokratie ins Zentrum gestellt. Jedoch ist die Diagnose, dass marktwirtschaftliche Zwänge eine Verstärkung der politischen Integration Europas erfordern, nach wie vor in seiner Reflexion präsent⁽¹⁰⁾. Auch im Rahmen seiner Betrachtung des griechischen Referendums 2015 betont Habermas die Notwendigkeit einer „gemeinsamen politischen Willensbildung der [europäischen] Bürger über folgenreiche politischen Weichenstellungen“ in Europa. Mit Letzterem meint er die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen, die über die Lebenschancen von Menschen entscheiden und somit die soziale Gerechtigkeit betreffen⁽¹¹⁾. Die grundlegende

9 Der Zusammenhang wird unterschiedlich formuliert: Als Verbindung zwischen Demokratiedefiziten und dem Auftreten von Ungerechtigkeiten wird er bei S. Douglas-Scott formuliert, insbesondere im Rahmen ihrer Analyse der Finanzkrise als zugleich ein offensichtliches Beispiel von Ungerechtigkeit und ein Fall von undemokratischen Maßnahmen. Siehe Sionaidh DOUGLAS-SCOTT, „The Problem of Justice in the European Union. Values, Pluralism, and Critical Legal Justice“, in: Julie DICKSON & Pavlos ELEFThERiADIS (Hg.), *Philosophical Foundations of European Union Law*, Oxford, Oxford University Press, 2012, S. 412-447, hier S. 420-421. Als Verbindung zwischen Demokratie und (konkrete Formen der) Gerechtigkeit wird er bei A. Williams sowie bei R. Forst betrachtet: Für Williams ist mehr Demokratie in der Form eines soliden Systems der Repräsentation und Rechenschaft eine Bedingung für die Verwirklichung von politischer Gerechtigkeit. Siehe Andrew WILLIAMS, „The Problem(s) of Justice in the European Union“, in: KOCHENOV/DE BÚRCA/WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?* (Anm. 1), S. 33-49, hier S. 42-43. Forst betont angesichts von Neyers Behauptung, dass die EU nicht mit Demokratiefragen, sondern nur mit Gerechtigkeitsfragen konfrontiert werden sollte, die wesentliche Verbindung zwischen Demokratie und Gerechtigkeit – dass Demokratie, wenn richtig verstanden, die politische Praxis der Gerechtigkeit schlechthin ist. Siehe Rainer FORST, „Justice, Democracy and the Right to Justification: Reflections on Jürgen Neyer's Normative Theory of the European Union“, in: KOCHENOV/DE BÚRCA/WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?* (Anm. 1), S. 227-234, hier S. 227.

10 Jürgen HABERMAS, *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin, Suhrkamp, 2011. Wie in der Sektion 2 des vorliegenden Beitrags ausführlich dargestellt wird, sieht Habermas 2001 die europäische Integration als Verstärkung der Handlungskapazitäten der europäischen Länder angesichts des Drucks der marktwirtschaftlichen Globalisierung. Im Essay 2011 legt er den Fokus auf die binneneuropäischen sozialen Ungleichheiten und auf die Folgen der Finanzkrise nach 2008 (siehe S. 41-42). Jedoch betrachtet er die Finanzkrise als ein globales Phänomen (vgl. S. 99) und betont nach wie vor die Notwendigkeit, entsprechende Handlungskapazitäten auf supranationalen Ebene zu entwickeln (vgl. S. 104). Auch in seine jüngsten Diagnosen im Rahmen des Brexits bestätigt sich letztere Sicht. Siehe Jürgen HABERMAS, „Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung: Ein Gespräch mit Jürgen Habermas über den Brexit und die EU-Krise“, Interview von Thomas Assheuer, *Die Zeit*, 7. Juli 2016, S. 38.

11 Jürgen HABERMAS, „Warum Merckels Griechenland-Politik ein Fehler ist“, *Süddeutsche Zeitung*, 22. Juni 2015, S. 2, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europa-sand-im-getriebe-1.2532119> (zuletzt eingesehen: 24.04.2018).

Ansicht, dass die Anregung von öffentlichen Diskussionen angesichts der Probleme der sozialen Gerechtigkeit ein Motiv für die weitere politische Integration Europas darstellt, erweist sich als aktuell und die hier analysierte Frage, inwiefern eine günstige Basis dafür im europäischen Raum aufgrund historisch bewährter Werte besteht, erscheint nun als relevant.

Im Folgenden präsentiere ich kurz die zentralen Überlegungen zur Gerechtigkeit in der EU und betrachte ausführlich in der zweiten Sektion die Ansichten von Habermas. Ich analysiere seine Idee eines „Wertmusters“, das Europa zugeschrieben werden kann und u.a. einen „öffentlichen Kollektivismus“ als politischen Wert einbezieht⁽¹²⁾, d.h. die Unterstützung (durch Parteien oder soziale Bewegungen) des Einsatzes von öffentlichen Ressourcen und Institutionen zu kollektiven Zwecken. Werte wie diese würden die gegenwärtigen Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit ermöglichen und Habermas behauptet folglich, dass das Vorkommen dieser Überlegungen in den Traditionen der politischen Kultur der europäischen Länder keine unrealistische Annahme ist⁽¹³⁾. Habermas bezieht sich dabei auf kulturwissenschaftliche Erkenntnisse, die v.a. auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert zurückgehen. In der dritten Sektion betrachte ich deswegen den „öffentlichen Kollektivismus“ näher und mache den Zusammenhang explizit, in dem er von G. Therborn analysiert wurde⁽¹⁴⁾. Anschließend gehe ich der Frage nach, ob die gegenwärtige Lage hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit in Europa der Idee eines auf Kollektivismus zurückgehenden Wertmusters entgegenkommt. Dabei betrachte ich ansatzweise zwei empirische Studien⁽¹⁵⁾, und dabei insbesondere die Lage von zwei Ländern, die als Motoren der europäischen Integration gelten – Frankreich und Deutschland. Die betrachteten Studien liefern Hinweise, um Habermas Hypothese zu relativieren. Letzteres erlaubt jedoch zugleich, die Komplexität der Gerechtigkeitsfrage deutlicher zu erfassen. In der vierten Sektion betrachte ich diese Komplexität näher und gehe abschließend der Frage nach, inwiefern Habermas Ansatz trotz seiner kritischen Aspekte wichtige Anhaltspunkte für die Frage der sozialen Gerechtigkeit in Europa beinhaltet: Insbesondere seine Betonung der mit Gerechtigkeitsüberlegungen zu verbindenden Werte macht die aktive Rolle einer Zivilgesellschaft deutlich, die ihre eigenen Gerechtigkeitsansprüche artikulieren könnte.

1. Gerechtigkeitsdefizite und Bedingungen für soziale Gerechtigkeit in der EU

Die Überlegungen zur Gerechtigkeit im europäischen Rahmen in den letzten Jahren sind vielfach motiviert, aber zwei Motive werden dabei stärker oder häufiger betont: Erstens die Idee, dass die zunehmende Verflechtung und die Entstehung von Institutionen, Rechtsordnungen und politischen Gestaltungsmechanismen auf der

12 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 110. Habermas definiert das Konzept des öffentlichen Kollektivismus weder an der hier zitierten Stelle noch woanders in seinem Text. Die Erläuterung nehme ich aus dem Text von Göran Therborn, auf den sich Habermas' Analyse zurückführen lässt. Siehe Göran THERBORN, *European Modernity and Beyond. The Trajectory of European Societies 1945-2000*, London, Sage Publications, 1995, S. 283.

13 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 110.

14 G. THERBORN, *European Modernity and Beyond* (Anm. 12).

15 D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the EU* (Anm. 7) und D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the OECD* (Anm. 7).

supranationalen Ebene, die einen Einfluss auf die europäischen Nationalstaaten und ihre Bevölkerung ausüben, die Beachtung von Gerechtigkeitsprinzipien erforderlich machen. In dieser Hinsicht wird Gerechtigkeit als relevantes Thema in der Europäischen Union betont so wie sie allgemein genommen und in Rawlschem Sinne von politischen und sozialen Institutionen, die zum Zweck der Kooperation aufrechterhalten werden, erwartet wird. In diesem Sinne spricht A. Williams von der EU als ein „kooperatives Unternehmen“, das einen institutionellen Rahmen entwickelt hat, und behauptet dabei, dass insofern substantive und prozedurale Gerechtigkeitsprinzipien für die EU gelten⁽¹⁶⁾. Zweitens wird die Auseinandersetzung mit Gerechtigkeit in der EU als dringend betont, weil eindeutige Ungerechtigkeiten insbesondere ab dem Jahre 2008 im Rahmen der Finanzkrise begangen wurden. E. Eriksen formuliert es sehr prägnant, wenn er behauptet, dass die Bewältigung der Krise der Eurozone zu einer Frage der Gerechtigkeit deswegen geworden ist, weil einige von demselben Wirtschaftsregime profitieren, während andere hingegen unter ihm leiden⁽¹⁷⁾. Auch S. Douglas-Scott weist auf die Ungerechtigkeiten hin⁽¹⁸⁾. Allerdings stützt sie ihre Diagnose nicht wie Eriksen auf die Tatsache, dass die Vorteile einiger den Schaden anderer bedeuten, sondern führt sie darauf zurück, dass undurchsichtige Maßnahmen getroffen wurden, die die üblichen EU-legalen Mechanismen nicht gefolgt haben und als eine Intervention in die Sozial- und Wirtschaftspolitik von Mitgliedstaaten wie v.a. Griechenland betrachtet werden können. In beiden Fällen, d.h. als gebotenes Prinzip der Institutionen oder als Antwort auf begangene Ungerechtigkeiten, bleibt die erforderlichlich gewordene Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen in der EU jedoch aus: So wird einerseits das Auslassen der Gerechtigkeit im Rahmen der expliziten Bekennung zu den Werten, die in der EU von den Mitgliedsländern vertragsmäßig angenommen werden, als symptomatisch betrachtet⁽¹⁹⁾ und andererseits ein systemisches Gerechtigkeitsdefizit festgestellt, das in verschiedenen Tendenzen innerhalb der EU-Rechtspraxis zum Ausdruck kommt⁽²⁰⁾.

Die Positionen, die sowohl auf Gerechtigkeitsdefizite im EU-Recht als auch auf Gerechtigkeitsunterlassung in den grundlegenden Dokumenten und Diskursen der EU hinweisen, gehen dabei von bestimmten normativen Vorstellungen aus, was die Europäische Union „ist oder sein sollte“⁽²¹⁾: eine Zweckgemeinschaft hinsichtlich

16 Siehe A. WILLIAMS, *The Ethos of Europe* (Anm. 2), S. 285: „[...] any regional cooperative venture and accompanying institutional framework, including the EU, is a proper and plausible location for substantive as well as formal (or procedural) justice to apply.“

17 E. ERIKSEN, *Die Normativität der Europäischen Union* (Anm. 2), S. 40.

18 Siehe S. DOUGLAS-SCOTT, „The Problem of Justice in the European Union“ (Anm. 9), S. 418: „The handling of the recent financial crisis, within the Eurozone states in particular, perhaps provides the most critical example of injustice.“

19 S. DOUGLAS-SCOTT, „The Problem of Justice in the European Union“ (Anm. 9), S. 414.

20 Dimitry KOCHENOV, „The Ought of Justice“, in: KOCHENOV/DE BÚRCA/WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?* (Anm. 1), S. 21-32, hier S. 26ff.

21 E. ERIKSEN, *Die Normativität der Europäischen Union* (Anm. 2), S. 17. Eriksen formuliert diesen Satz im Rahmen seiner Analyse der normativen Grundlagen der Europäischen Union, um auf den problematischen Umstand hinzuweisen, dass es darüber keine Einigung gibt. Genaugenommen ist diese Uneinigkeit über die Natur und Telos der Union im Rahmen des Unbehagen problematisch, das infolge der Finanzkrise unter manchen Politikern und Akademikern laut wurde: da es nicht klar ist,

ökonomischer Interessen und somit ein vornehmlich intergouvernementales System, oder eher eine politische Gemeinschaft mit oder ohne Identität bzw. mit oder ohne demokratischen Charakter, oder schließlich ein institutionelles Gebilde mit oder ohne gemeinsame Werte bzw. ein definiertes Ethos⁽²²⁾. Entsprechend diesen Vorstellungen bildet sich eine Vielfalt von Positionen, die die Gerechtigkeitsüberlegungen entscheidend prägen. Im konkreten Fall der sozialen Gerechtigkeit scheint eine Konzeption der Europäischen Union als politisch integrierte Gemeinschaft vorausgesetzt zu werden, wenn Gerechtigkeitsforderungen legitim und realistisch sein sollten. J. Viehoff und K. Nicolaïdis deuten darauf hin, dass solange die Europäische Union als institutionelles Gefüge betrachtet werden kann, das mehr als nur gegenseitige Interessen ihrer Mitglieder fördert und eine Union von politischen Gemeinschaften bildet, die gemeinsam regieren, darf von ihr erwartet werden, dass sie anspruchsvollen Prinzipien der sozio-ökonomischen Gerechtigkeit folgt⁽²³⁾. Diese Voraussetzung ist darauf zurückzuführen, dass Theorien der sozialen Gerechtigkeit den Nationalstaat als Standardfall nehmen und manche Bedingungen, die in dieser konkreten Gemeinschaftsform vorhanden sind, als notwendig unterstellen – wie zum Beispiel die Solidarität zwischen Mitgliedern. Für eine supranationale Organisation wie die Europäische Union bedeutet dies einerseits, dass Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit als fehl am Platz betrachtet werden könnten, da Solidarität zwischen den EU-Bürgern nicht erwartet werden kann. Andererseits bedeutet dies auch, dass die Bedingungen, die diese Forderungen ermöglichen, eine zentrale Frage in der Gerechtigkeitsdebatte darstellen⁽²⁴⁾. Wie in der Einleitung angedeutet, geben die Überlegungen von Habermas eine Einschätzung der faktischen Lage und der Bedingungen, die sich positiv auf die Diskussion von Ansprüchen der sozialen Gerechtigkeit in der EU auswirken.

2. Soziale Gerechtigkeit und das Wertmuster Europas bei J. Habermas

Habermas vertritt hinsichtlich der Europäischen Union die Grundansicht, dass sie sich zu einer stark integrierten politischen Gemeinschaft weiterentwickeln sollte. Dafür ist die Entwicklung einer Identität, wie sie von Nationalstaaten historisch bekannt ist, nicht nötig⁽²⁵⁾. Vielmehr sollte sie von den politischen Errungenschaften ihrer Mitgliedstaaten und deren politischen Kulturen zehren, insbesondere denjenigen zivilen Tugenden, die einen langen sozialen Lernprozess hinter sich haben. Mehr

was die EU ist oder sein sollte, kann ihre Frustration nicht ganz erklärt werden, die aber ahnen lässt, dass gewisse Erwartungen an der EU gehegt werden. Vgl. *ebd.*, S. 11-12 und 17.

22 Neyer vertritt z.B. die klare Position, dass die Auseinandersetzung mit Gerechtigkeitsfragen mit der kategorischen Ablehnung von Demokratiefragen im EU-Rahmen einhergeht. Jürgen NEYER, „Justice and the Right to Justification: Conceptual Reflections“, in: KOCHENOV/DE BÚRCA/WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?* (Anm. 1), S. 211-226, hier S. 212.

23 Juri VIEHOFF, Kalypso NICOLAÏDIS, „Social Justice in the European Union: The Puzzles of Solidarity, Reciprocity and Choice“, in: KOCHENOV/DE BÚRCA/WILLIAMS (Hg.), *Europe's Justice Deficit?* (Anm. 1), S. 277-293, hier S. 277-278.

24 *Ebd.*, S. 279.

25 Jürgen HABERMAS, „Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich?“, in: DERS., *Der gespaltene Westen*, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 2004.

als die Herausbildung einer Identität ist die Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit nötig.

Zu den Beiträgen, in denen diese Grundansicht zum Ausdruck kommt, zählen diejenigen Arbeiten von Habermas zur Frage einer europäischen Verfassung⁽²⁶⁾. Besonders in seinem Aufsatz aus dem Jahr 2001 „Braucht Europa eine Verfassung?“ analysiert er eine Reihe unterschiedlicher Gründe, warum die Europäische Union eine engere Integration verfolgen sollte. Sie werden unter zwei Gesichtspunkten betrachtet: erstens die ursprünglichen Motive, die der Gründungsgeschichte des europäischen Projekts entnommen werden können und zweitens die gegenwärtigen Motive, die sich als Alternative zu denjenigen Problemen erweisen könnten, die sich in Folge unterschiedlicher Prozesse nach der Gründung ergeben haben. Als solche Probleme gelten die Diskrepanz zwischen der fortgeschrittenen ökonomischen und der zurückbleibenden politischen Integration einerseits sowie andererseits das Demokratiedefizit bei Entscheidungen auf der europäischen Ebene, das angesichts der zunehmenden Konzentration von Kompetenzen drängender wird. Beide Probleme – politisch-ökonomische Diskrepanzen sowie Demokratiedefizite – könnten Habermas zufolge durch eine verstärkte Integration bewältigt werden. In diesem Rahmen würden die Diskrepanzen durch eine Politik überwunden werden, bei der die Konstruktion „höherstufiger politischer Handlungsfähigkeiten [...] mit den deregulierten Märkten Schritt halten“ würden⁽²⁷⁾. Das Demokratiedefizit würde in diesem Rahmen – im Anschluss am Modell von O. Hoffe – durch die Schaffung einer „Organisationsmacht“ behandelt werden, die die Grundlagen einer europäischen Gesellschaft bereitstellen würde⁽²⁸⁾.

Insbesondere in Bezug auf die erste Art von Gründen können wichtige Anhaltspunkte gefunden werden, die für die Frage der Gerechtigkeit in Europa von Relevanz sind. Zu den Gründungsmotiven zählt Habermas das normative Ziel der Friedenssicherung (darunter auch die Integration eines misstrauten Deutschlands in ein friedliches Europa) sowie das Ziel einer wirtschaftlichen Einigung, die „mit der Herstellung des Gemeinsamen Marktes und der Einführung der gemeinsamen Währung“ als vollendet erscheint⁽²⁹⁾. Während das erste Motivpaar an der Gründung der Union eine entscheidende Rolle gespielt hat aber zu den nicht mehr aktuellen Motiven gehört, kann aus dem zweiten Motiv noch eine Bedeutung gewonnen werden, allerdings nicht in ihrer ursprünglichen, ausschließlich ökonomischen Form. In dieser Hinsicht betont Habermas, dass die früheren wirtschaftlichen Erwartungen heutzutage als Motiv nicht ausreichen, um in der Bevölkerung die politische Unterstützung eines risikoreichen Integrationsprojekts zu mobilisieren, jedoch können sie mit Ideen verbunden werden, in denen sich das Interesse der Bevölkerung einigen kann: die Verteidigung einer europäischen Lebensform, die nicht so sehr mit dem Sozialstaat, sondern mit der unter dessen Bedingungen „erneuerten Kultur“ identifiziert werden kann. Habermas behauptet somit, dass „[d]ie ökonomischen Vorteile der europäischen Einigung [...] als

26 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3); J. HABERMAS, *Zur Verfassung Europas* (Anm. 10).

27 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 115.

28 *Ebd.*, S. 116.

29 *Ebd.*, S. 107.

Argument für einen weiteren Ausbau der EU nur im Kontext einer über die wirtschaftliche Dimension weit hinausgreifenden kulturellen Anziehungskraft“ zählen⁽³⁰⁾.

Die Erhaltung der „europäischen Lebensweise“ als „Inhalt des politischen Projekts“ zu betrachten⁽³¹⁾, ist allerdings ein Ziel, das Habermas nicht mehr mit dem alten Ziel der wirtschaftlichen Einigung gleichsetzt, sondern als neue Agenda der EU-Eliten identifiziert⁽³²⁾. Die politische Integration Europas, die die Erhaltung der europäischen Lebensform zu ihrem Inhalt macht, sollte nicht nur ökonomische Vorteile für die Mitgliedstaaten schaffen, sondern vielmehr ihr Gesellschaftsmodell im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung behaupten. Dabei geht Habermas davon aus, dass unerwünschte Folgen der Globalisierung durch „gegenläufige Sozial- und Wirtschaftspolitiken“ aufgefangen werden können, da die Globalisierung ein Ergebnis intentionaler politischer Entscheidungen und nicht die Folge einer natürlichen Evolution ist⁽³³⁾. Allerdings sollten diese gegenläufigen Sozial- und Wirtschaftspolitiken umverteilungswirksame Programme mit sich bringen, um sowohl kurzfristige Verlierer zu unterstützen als auch auf Dauer Betroffene zu entschädigen. Gerade an dieser Stelle würden Gerechtigkeitsüberlegungen ins Spiel kommen: da die Verlierer keine starke Position genießen, um bei der Durchsetzung solcher Programme mitzuwirken, wäre der Erfolg solcher Programme von einem Sinn für Gerechtigkeit seitens breiter Bevölkerungsschichten abhängig. Habermas schildert die Situation, wie folgt:

„Die politische Entscheidung, ob sich die Gesellschaft ein angemessenes Niveau *allgemeinen* Wohlstandes leisten will, das die Segmentierung von Randgruppen, soziale Exklusion überhaupt ausschließt, hängt immer stärker von Gerechtigkeitsüberlegungen, vor allem von der Sensibilität breiter Schichten für die wahrnehmbaren Phänomene verletzter staatsbürgerlicher Solidarität ab“⁽³⁴⁾.

Die Durchsetzung umverteilungswirksamer Programme würde erfordern, dass sich Mehrheiten aufgrund von Gerechtigkeitsüberlegungen dafür mobilisieren. Dies kann laut Habermas aber nur insofern passieren, wenn solche normativen Überlegungen „in den Traditionen der herrschenden politischen Kultur verankert sind“⁽³⁵⁾. Dass dies der Fall in den europäischen Ländern sein kann, sieht Habermas als „keine ganz unrealistische Annahme“: in den politischen Traditionen der Arbeiterbewegung, der kirchlichen Soziallehren und des Sozialliberalismus ist die Resonanz von Vorstellungen gesellschaftlicher Solidarität gewissermaßen aufbewahrt. Die großen politischen Parteien stützen sich auch bei ihrer Selbstdarstellung auf solche Vorstellungen⁽³⁶⁾. Die

30 Ebd., S. 108.

31 Ebd., S. 108-109.

32 Vgl. ebd., S. 106 und 109ff.

33 Ebd., S. 109.

34 Ebd., S. 110, Hervorh. i.O.

35 Ebd.

36 Habermas erklärt jedoch, dass diese Annahme keine „parteiliche, [...] sozialdemokratische Lesart des europäischen Projektes“ nahe legt. Dies ist vor dem Hintergrund des Habermasschen Verständnis von Gerechtigkeit zu betrachten: konsequent mit seiner Konzeption der Gerechtigkeit im Rahmen einer universalistischen Moral, die gerade aufgrund ihres Charakters keine substantive Idee von Gerechtigkeit entfaltet, sondern die Kriterien einer Verfahrensgerechtigkeit bereitstellt, erklärt Habermas, inwiefern die von ihm dargestellte Motivationslage ein „prozeduraler Erfolg“ herbeiführen würde:

Wurzeln der gesellschaftlichen Solidarität führt Habermas auf einen „öffentlichen Kollektivismus“ zurück, der genauso wie der private Individualismus sich im Rahmen der europäischen Moderne ausgezeichnet hat und zu einem „Wertmuster“ Europas gehört⁽³⁷⁾.

Zur Voraussetzung, dass die politische Kultur tatsächlich von Gerechtigkeits- und Solidaritätswerten geprägt ist, kommt allerdings eine weitere Bedingung hinzu, damit die Erhaltung des sozialstaatlich gestützten europäischen Gesellschaftsmodells in Abgrenzung zur wirtschaftlichen Globalisierung Teil und Motiv des Integrationsprojekts werden kann: Die Einzelstaaten sollten die Integration als eine Erweiterung der eigenen Handlungskapazität betrachten können, die der schleichenden Assimilation an ein neoliberales Gesellschaftsmodell widerstehen kann. Für Habermas kann eine Reregulierung der Weltwirtschaft nur durch die Gestaltungsmacht einer politisch handlungsfähigen Europäischen Union erfolgen, und allein diese Reregulierung könnte die „unerwünschten sozialen Folgen wachsender distributiver Ungleichheiten balancieren“. Dass die Entstehung einer supranationalen Gestaltungsmacht notwendige Bedingung dafür ist, die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung widerstehen zu können, ist eine These, der nicht allseits zugestimmt wird, wie Habermas selbst zugesteht⁽³⁸⁾. Für ihn ist jedoch die politische Integration die angemessene Alternative, um den negativen Folgen der Globalisierung entgegenwirken zu können. Nur ein politisch integriertes Europa kann Einfluss auf die Weltwirtschaft ausüben. Dass Europa die negativen Folgen, d.h. die „wachsenden distributiven Ungleichheiten“ ausgleichen will, bezweifelt Habermas nicht: Neben der Zuversicht, dass Gerechtigkeitsüberlegungen in der politischen Kultur der europäischen Länder verankert sind, weil zum *Wertmuster* Europas ein öffentlicher Kollektivismus gehört, geht Habermas auch davon aus, dass ein „neoliberale[s] Weltbild [...] nicht gut zum bislang vorwaltenden *normativen Selbstverständnis* der Europäer passt“⁽³⁹⁾.

3. Soziale Gerechtigkeit in Frankreich und Deutschland: Tradition und Gegenwart

Sind Habermas optimistische Annahmen zum europäischen Wertmuster und dem normativen Selbstverständnis der Europäer in der Tat realistisch? Um dieser Frage nachzugehen, sind zwei Punkte im Voraus zu beachten: Erstens greift Habermas im Fall des „Wertmusters“ auf eine kulturwissenschaftlich, historisch gestützte These zurück, die die Frage aufwirft, inwiefern die Feststellung, dass bestimmte Werte in historischen Prozessen mobilisiert wurden, das Vorhandensein solcher Werte in der

sie würde die „Richtungsentscheidung“ des „politisch verfassten und institutionell gefestigten Europas“ nicht präjudizieren, sondern nur seine Fähigkeit zu gemeinsamen Handeln stärken. Letzteres wäre seinerseits nur eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung, um „Korrekturen am Weltwirtschaftsregime“ zu bewirken (*ebd.*, S. 113). Für eine systematische Darstellung von Habermas' Gerechtigkeitskonzeption siehe Regina KREIDE, „Gerechtigkeit und Rawls“, in: Hauke BRUNKHORST, Regina KREIDE, Cristina LAFONT (Hg.), *Habermas Handbuch*, Stuttgart/Weimar, J.B. Metzler, 2009, S. 99-104.

37 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 110.

38 *Ebd.*, S. 110-112.

39 *Ebd.*, S. 112.

gegenwärtigen Gesellschaft nahelegen. Zweitens ist die Rede von „Europa“ in beiden Fällen eine Verallgemeinerung, die das voraussetzt, was im Rahmen der Überlegungen zur Integration in der Europäischen Union erstmal zu klären gilt: ob es das Gemeinsame, das Europäische in der durch Verträge konstituierten Europäischen Union gibt bzw. geben kann oder soll.

In dieser Hinsicht ist es angemessen, die anfangs formulierte Frage unter zwei Gesichtspunkten zu analysieren: erstens den Kontrast historische / gegenwärtige Lage hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit bzw. der entsprechenden Werte und zweitens den Kontrast europaweite / einzelstaatliche Ebene hinsichtlich solcher Bedingungen bzw. Werte. In dieser Hinsicht wird nach einer Analyse der kulturwissenschaftlich-historischen These zum Wertmuster Europas⁽⁴⁰⁾ die gegenwärtige Lage im Bereich sozialer Gerechtigkeit in Frankreich und Deutschland betrachtet⁽⁴¹⁾.

3.1. Europas Wertmuster im Anschluss am öffentlichen Kollektivismus

Bei der Frage eines europäischen Wertmusters, das die Wirksamkeit von normativen Gerechtigkeitsüberlegungen fördern würde, stützt sich Habermas vornehmlich auf die Studien von G. Therborn zur europäischen Moderne im 20. Jahrhundert⁽⁴²⁾. Bei Therborn ist eine ausführliche Rekonstruktion unterschiedlicher Dimensionen der europäischen Moderne zu finden, die nicht nur Werte, sondern viele andere Elemente artikuliert. Der theoretische Hintergrund seiner empirischen Studien bildet die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Strukturen und Kultur, und Werte sind letzterer untergeordnet – zusammen mit Identitäten und Wissen⁽⁴³⁾. Im Zentrum von Therborns Untersuchung stehen die strukturellen und kulturellen Prozesse, die die europäische Moderne als historische Epoche kennzeichnen und sie zugleich gestaltet haben. Dabei identifiziert er entsprechend den beiden Typen von Prozessen die „Mittel“ und das „Wissen“ als die Elemente, die die Dynamik dieser Prozesse vorantreiben⁽⁴⁴⁾. Der für Habermas' Argumentation zentrale Befund eines „öffentlichen Kollektivismus“ wird von Therborn im Spannungsfeld mit dem Familienindividualismus als eins der Wertmuster der europäischen Moderne sowie komplementär zu den sozialen Rechten dargestellt, die zu den modernen Strukturen gehören⁽⁴⁵⁾. Therborn versteht den öffentlichen Kollektivismus als eine Strömung, die das Einsetzen

40 G. THERBORN, *European Modernity and Beyond* (Anm. 12); Göran THERBORN, „Europe's Break with Itself. The European Economy and the History, Modernity, and the World Future of Europe“, in: Furio CERUTTI, Enno RUDOLF (Hg.), *A Soul for Europe*. Vol. 2: *An Essay Collection*, Leuven/Sterling, Peeters, 2001, S. 73-94.

41 D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the OECD* (Anm. 7); D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the EU* (Anm. 7).

42 Habermas verweist in seinem Aufsatz zur europäischen Verfassung aus dem Jahre 2001 auf ein Essay von Therborn, der im selben Jahre erschien (siehe J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ [Anm. 3] und G. THERBORN, „Europe's Break with Itself“ [Anm. 40]). Therborn verweist jedoch an der Stelle seines Essays, die Habermas zitiert, wiederum auf seine ausführliche Studie zur europäischen Moderne: G. THERBORN, *European Modernity and Beyond* (Anm. 12). Letztere wird daher im vorliegenden Aufsatz analysiert.

43 *Ebd.*, S. 7-13.

44 *Ebd.*, S. 12.

45 *Ebd.*, S. 282ff.

von öffentlichen Institutionen und Ressourcen zu kollektiven Zwecken unterstützt. Er führt die Wurzeln der Strömung bis in die frühe Moderne zurück und nennt für die gesamte Zeitspanne bis zum Jahr 1960 als dessen Akteure sowohl soziale Bewegungen als auch Parteien. Den Familienindividualismus versteht er im Kontrast zu einem patriarchalischen Kollektivismus in der Familie. Die Anerkennung von Rechten und die Zuschreibung von Pflichten zwischen den Mitgliedern in der Familie (zwischen Ehepartnern, Eltern und Kindern, unterschiedlichen Generationen von Mitgliedern) hat im ersteren Fall die Individuen als Subjekte. Als Zentral für die Artikulation von öffentlichem Kollektivismus und dem Familienindividualismus als politische Werte betrachtet Therborn die westeuropäischen Klassenkämpfe, die einen Höhepunkt in den 1980er Jahren erreichten. Diese Kämpfe haben darüber hinaus entsprechende soziale Rechte erreicht.

Bereits bei dieser knappen Darstellung der Art und Weise, wie Therborn Werte allgemein und den öffentlichen Kollektivismus insbesondere in seine Untersuchung einbezieht, ergeben sich zwei wichtige Anhaltspunkte für die Frage der sozialen Gerechtigkeit in Europa und Habermas' Ansichten dazu: Erstens erlaubt Therborns Darstellung von *verschiedenen* Wertmustern⁽⁴⁶⁾, die *unter anderen* Elementen die europäische Moderne kennzeichnen, ein Missverständnis auszuschließen, das bei der Rekonstruktion von Habermas' Argumentation entstehen kann und auf die Idee eines einzelnen Wertmusters hinausläuft. Die Betonung von unterschiedlichen Wertmustern, die Europa zugeschrieben werden können, ist bei Habermas nicht so eindeutig wie bei Therborn, denn Habermas spricht nur von dem einen Wertmuster, das Europa zugeschrieben werden kann und „privaten Individualismus mit öffentlichem Kollektivismus [...] kombiniert“⁽⁴⁷⁾. In Verbindung mit Habermas' Rede vom „normativen Selbstverständnis der Europäer“⁽⁴⁸⁾ und mit der Rede eines „europäischen Ethos“ (Williams 2010) sowie der „Normativität der EU“⁽⁴⁹⁾ kann der Eindruck entstehen, dass ein den europäischen Ländern gemeinsamer Bezugspunkt in der Form eines Systems von Werten bereits unterstellt werden kann. Die empirischen Daten, auf die Therborn seine Analyse stützt und die ihm zu seinen Befunden führen⁽⁵⁰⁾, zeigen hingegen, dass die konkreten Ereignisse, die das Vorhandensein der Wertemuster belegen, in den unterschiedlichen Ländern Nord-, Süd-, West- und Osteuropas unterschiedlich vorkommen⁽⁵¹⁾.

46 Therborn betrachtet neben den öffentlichen Kollektivismus und Familienindividualismus, diejenigen Wertmuster die zu solchen Konstellationen gehören wie der christlichen Religion und den Prozessen der Säkularisation sowie zum Nationalstaat und der darin entstandenen Bürgerschaft. Siehe *ebd.*, S. 272ff.

47 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 110.

48 *Ebd.*, S. 112.

49 E. ERIKSEN, *Die Normativität der Europäischen Union* (Anm. 2).

50 Als einen solchen Befund gilt paradigmatisch folgende Behauptung: „The working class movement was born in Europe, and ist class discourse spread from there. Modern political rights, such as the right to vote, were defined, argued for and fought for in terms of class in Europe, more than anywhere else“, G. THERBORN, *European Modernity and Beyond* (Anm. 12), S. 282.

51 Vgl. v.a. Therborns Analyse zum „class voting and public interventionism“, *ebd.*, S. 284ff., sowie seine Analyse zu „social rights and welfare states“, *ebd.*, S. 89ff.

Zweitens ist Therborns Fokus auf die strukturellen und kulturellen Prozesse der Moderne sowie die Relativierung der Rolle von Werten bzw. Wertmustern ein wichtiger Hinweis dafür, dass die Stelle der Wertemuster bei Habermas verdeutlicht werden sollte. Nicht die Werte, sondern das Wissen ist für Therborn das zentrale Element in der Dynamik der europäischen Moderne. Bei Habermas spielen die Werte hingegen eine prominentere Rolle und daher betont er diese Dimension im Anschluss an Therborn, auch wenn für Letzteren Werte *ein* Element *einer* Dimension unter anderen bilden. In der Zuschreibung eines Wertmusters auf der Grundlage von öffentlichem Kollektivismus und privatem Individualismus gründet Habermas' Einschätzung der Möglichkeit, dass „umverteilungswirksame Programme“ infolge von Gerechtigkeitsüberlegungen Unterstützung finden⁽⁵²⁾. Ein auf öffentlichem Kollektivismus beruhendes Wertmuster würde dafür sorgen, dass die Deliberation über Gerechtigkeitsfragen zwischen unterschiedlichen politischen, d.h. zwischen den nationalen politischen Kreisen, aussichtsreich erscheint, denn deliberative Prozesse, die letztendlich auf kommunikativen Handlungen gründen, das Vorhandensein eines Minimums an „gemeinsamen Hintergrund“ voraussetzen. Im Unterschied zu Therborn, der systemische Prozesse in den Vordergrund seiner Darstellung der Moderne stellt, betrachtet Habermas die deliberativen Prozesse, aus denen heraus die „energische Fortführung des europäischen Projektes“⁽⁵³⁾ sich rechtfertigen und motivieren lässt⁽⁵⁴⁾. Die Pluralität sowie die relative Lage der Wertmuster im Rahmen von Therborns Arbeit zur europäischen Moderne dienen im Folgenden als Anhaltspunkte, um die vorliegende Analyse fortzusetzen.

3.2. Soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Frankreich

Um die gegenwärtige Lage hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit in der Europäischen Union einzuschätzen, stehen empirische Studien zur Verfügung, die Daten aus den Mitgliedstaaten erfassen⁽⁵⁵⁾. Auf der Grundlage dieser Daten werden Tendenzen

52 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 109-110.

53 *Ebd.*, S. 113.

54 Sowohl die Idee eines gemeinsamen Hintergrunds als Bedingung der Verständigung bzw. des kommunikativen Handelns als auch der Unterschied zwischen systemischen und deliberativen bzw. kommunikativen Prozesse in der Gesellschaft sind Bestandteil von Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Siehe Jürgen HABERMAS, *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 2: *Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*, Frankfurt am Main, Suhrkamp, 1981, S. 183ff. Vgl. auch Rosa SIERRA, *Kulturelle Lebenswelt. Eine Studie des Lebensweltbegriffs in Anschluss an Jürgen Habermas*, Alfred Schütz und Edmund Husserl, Würzburg, Königshausen und Neumann, 2013.

55 Neben den Berichten der Bertelsmann Stiftung, die hier analysiert werden (siehe Anm. 7) sind auch die Berichte des Eurobarometers zu beachten. Siehe z.B. EUROPEAN COMMISSION, *Public Opinion, Standard Eurobarometer 88, Factsheets*, 2017 (<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/STANDARD/surveyKy/2143>).

Auch die Berichte von bspw. Caritas Europa und SOLIDAR sammeln Daten zu konkreten Bereichen (Armut, Arbeitslosigkeit, Zugang zum Gesundheitssystem, Leistungen des Sozialsystems, Integrationspolitik, u.a.), in der sich soziale Gerechtigkeit und Inklusion widerspiegeln. Siehe CARITAS EUROPA, *Caritas Cares Germany Report November 2015* sowie DERSB., *Caritas Cares France Report 2015* und DERSB., *Crisis Monitoring Report 2015*. (Alle abrufbar unter <http://www.caritas.eu/publications>.) Siehe auch SOLIDAR, *Social Progress Watch 2017 – Desk studies* (http://www.solidar.org/system/downloads/attachments/000/000/753/original/86_SPW_Report_2017_briefing.pdf?1519215890).

erkannt, die als Aussagen über die allgemeine europäische Lage formuliert werden können⁽⁵⁶⁾. Anstatt die allgemeinen Tendenzen und die Aussagen, die zur europäischen Gesamtlage formuliert werden, in diesem Abschnitt zu berücksichtigen, werde ich im Folgenden zwei Länder betrachten: Deutschland und Frankreich. Einerseits soll die Analyse dadurch konsequent mit den zentralen Anhaltspunkten des vorangehenden Abschnitts im Einklang bleiben, insbesondere mit der Idee, dass das europäische Gemeinsame nicht vorausgesetzt werden kann, sondern aus den existenten nationalen Traditionen heraus konstruiert wird⁽⁵⁷⁾. Im Sinne von Habermas' Ansichten geht es darum, die Grundvoraussetzungen und -elemente aufzuspüren, die als Basis eines deliberativen Prozesses⁽⁵⁸⁾ fungieren können – nicht zuletzt angesichts Gerechtigkeitsfragen. Andererseits hat die Auswahl von Frankreich und Deutschland als konkrete Fälle zur Lage der sozialen Gerechtigkeit mit der vielfach vertretenen These zu tun, dass Frankreich und Deutschland als „Motoren der europäischen Integration“ fungiert haben und weiterhin fungieren können⁽⁵⁹⁾. Sie hätten insbesondere das Potential,

Allerdings werden nur die Berichte der Bertelsmann Stiftung in der vorliegenden Analyse näher betrachtet, weil sie nicht nur die empirischen Daten belegen, sondern ihr zugrundeliegendes Konzept der sozialen Gerechtigkeit erläutern.

- 56 So wird z.B. im Bericht 2015 des *Social Inclusion Monitor Europe* formuliert, dass „In the majority of EU countries, the extent of social justice relative to last year's edition of the Social Justice Index (SJI 2014) has at least avoided further deterioration. It appears that for the majority of countries, after several years of decline, the lowest point was reached between 2012 and 2014. [...] Nevertheless, a genuine and comprehensive turnaround in terms of social justice is not underway. [...] only future SJI editions will show whether social justice in Europe can sustainably stabilize and improve again. Social conditions and participation opportunities for people in most EU countries remain considerably worse than in the pre-crisis period. In no less than 11 countries, among them Spain and Portugal, things have deteriorated once again compared to last year's survey.“ D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the EU* (Anm. 7), S. 6-7; Hervorh. d. Verf.
- 57 Man könnte allerdings den Fokus auf die EU-Institutionen legen, denn sie würden – je nach konkreten Bereichen und Kompetenzen – eine umfassende Dimension jenseits der Nationalstaaten verkörpern. Die Lage der EU-Sozialpolitik würde an dieser Stelle ein Beispiel bilden, wobei die empirischen Daten vornehmlich in den Mitgliedsstaaten erhoben werden. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Umsetzung von EU-Programmen eine Sache der nationalen Regierungen und Verwaltungen bleibt, auch wenn die Bedürfnisse und unterschiedlichen Kapazitäten, die soziale Lage in harten Fällen zu verbessern, Aktionen auf EU-Ebene erforderlich machen. Vgl. Jan ARPE, Simona MILLO, Andrej STUCHLIK (Hg.), *Social Policy Reforms in the EU: A Cross-national Comparison. Social Inclusion Monitor Europe (SIM) – Reform Barometer*, Gütersloh/London, Bertelsmann Stiftung & London School of Economics and Political Science, 2015, S. 2. Die Betrachtung der EU-Institutionen würde jedoch das europäische Gemeinsame nicht ganz erfassen, denn nur in manchen Bereichen kann von einer wirklich trans- oder supranationalen Dimension und in vielen anderen lediglich von intergouvernementalen Dynamiken gesprochen werden. Vgl. Werner WEIDENFELD, *Die Europäische Union*, Paderborn, Wilhelm Fink, 2015, S. 116ff. Bei der Beschreibung der Organe der EU betont Weidenfeld, welche der genannten Qualitäten jeweils zutreffen.
- 58 Bei solchen Prozessen – insbesondere in einem demokratischen Rahmen – sind sowohl politische Institutionen als auch die Zivilgesellschaft beteiligt. Siehe Jürgen HABERMAS, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1994 (4. Aufl.), S. 349ff. und 399ff.
- 59 Siehe dazu W. WEIDENFELD, *Die Europäische Union* (Anm. 57), S. 25. Sammelbände zur Rolle Deutschlands und Frankreichs, auch im kritischen Sinne und mit Berücksichtigung von konkreten Politikbereichen sind jeweils Heinrich SIEDENTOPF, Benedikt SPEER (Hg.), *Deutschland und Frankreich in der*

in Wirtschaftsfragen und entsprechenden Reforminitiativen als Vorantreiber zu agieren⁽⁶⁰⁾ und somit könnte ihre Lage im Bereich der sozialen Gerechtigkeit einen Einfluss auf ihre Position oder ihre Zusammenarbeit angesichts von Reformvorschlägen oder Programmen haben, die im Sinne Habermas umverteilungswirksam sein könnten und zwecks ihrer Unterstützung das Vorhandensein von Werten und Ideen der sozialen Gerechtigkeit erforderlich machen würden.

Das Konzept der sozialen Gerechtigkeit, das dem Bericht 2015 *Social Inclusion Monitor Europe* zugrunde liegt, artikuliert sich um das Ziel, Chancengleichheit zu verwirklichen und Lebensmöglichkeiten zu erzeugen. In dieser Hinsicht umfasst das Konzept nicht nur umverteilungsrelevante Aspekte, um „Exklusion zu kompensieren“, sondern auch solche, die Inklusion fördern:

„Instead of an ‚equalizing‘ distributive justice or a simply formal equality of life chances in which the rules of the game and codes of procedure are applied equally, this concept of justice is concerned with guaranteeing each individual genuinely equal opportunities for self-realization through the targeted investment in the development of individual ‚capabilities‘“⁽⁶¹⁾.

Umverteilungsprogramme werden im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit nicht ausgeschlossen, aber sie sind weniger als Kompensationen und vielmehr als Investitionen gedacht. Darüber hinaus werden solche Programme auf der Grundlage eines Konzepts von Partizipation legitimiert: die Umverteilung soll in diesem Sinne als Mittel zum eigentlichen Ziel dienen, Menschen zu befähigen („*empowerment*“), sodass sie die gesellschaftlich erzeugten Chancen tatsächlich ergreifen und nutzen können⁽⁶²⁾. Diesem Ziel liegt eine Idee der „partizipatorischen Gesellschaft“ zugrunde, die ihre Mitglieder befähigen und aktiv machen kann⁽⁶³⁾. Das so erfasste Konzept der sozialen Gerechtigkeit umfasst somit die sechs folgenden Dimensionen: Armutsprävention, Bildungszugang, Inklusion in den Arbeitsmarkt, sozialer Zusammenhalt bzw. Nicht-Diskriminierung, Gesundheitsversorgung und intergenerationelle Gerechtigkeit. Die Lage in den Mitgliedsländern wird auf der Grundlage von Daten in den sechs Dimensionen eingeschätzt. Eine Rangordnung zwischen den Ländern sowie ein Vergleich mit den Daten vergangener Jahren erlauben es, die Performance der Länder zu bewerten. Im Rahmen der vorliegenden Analyse gilt es allerdings das Augenmerk auf die Aspekte zu lenken, die in Verbindung mit dem bei Habermas und Thørbørn identifizierten Wertmuster gebracht werden können, insbesondere mit dem öffentlichen Kollektivismus.

europäischen Integration: ‚Motor‘ oder ‚Blockierer‘?, Berlin, Duncker und Humblot, 2011, sowie Martin KOOPMANN, Stephan MARTENS (Hg.), *Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union*, Baden-Baden, Nomos, 2008 und Martin KOOPMANN, Joachim SCHILD, Hans STARK (Hg.), *Neue Wege in ein neues Europa. Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges*, Baden-Baden, Nomos, 2013.

60 Vgl. Joachim SCHILD, „Frankreich, Deutschland und die institutionelle Entwicklung der Europäischen Union seit 1990“, in: KOOPMANN/SCHILD/STARK (Hg.), *Neue Wege in ein neues Europa* (Anm. 59), S. 19–34, hier S. 34.

61 D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the OECD* (Anm. 7), S. 11.

62 *Ebd.*

63 *Ebd.*

In diesem Sinne ist in Frankreich besonders zu bemerken, dass die Dimensionen, in denen das Land die schlechtesten Ergebnisse zeigt – gleicher Zugang zu Bildungschancen und dem Arbeitsmarkt – im direkten Zusammenhang mit einem gleich schlechten Abschneiden in der Dimension der sozialen Integration stehen, insbesondere der Integration von Migranten⁽⁶⁴⁾. Letzteres wird darauf zurückgeführt, dass das traditionelle Integrationsmodell und die früher zentralen Mechanismen dabei ihre Leistung nicht mehr erbringen⁽⁶⁵⁾. Explizit werden Assoziationen wie u.a. Kirche, politische Parteien und Gewerkschaften erwähnt. Diese sind genau diejenigen, die Therborn in seinen Studien als historisch entscheidend für die Artikulierung des öffentlichen Kollektivismus und die Erreichung von sozialen Rechten identifiziert.

Im Vergleich zu Frankreich, das in der Rangliste den 12. Platz belegt, schneidet Deutschland auf Platz 7 besser ab⁽⁶⁶⁾. Besonders die Dimension des Zugangs zum Arbeitsmarkt bildet einen Kontrast zwischen beiden Ländern, da Deutschland in dieser Dimension nicht nur im Vergleich zu Frankreich besser abschneidet, sondern auch den drittbesten Platz europaweit belegt⁽⁶⁷⁾. Allerdings schneidet Deutschland in der Dimension des Zugangs zur Bildung (so wie Frankreich) ebenfalls schlecht ab. In der Dimension der sozialen Integration und Nicht-Diskriminierung ist es Deutschland wiederum in Kontrast zu Frankreich gelungen, Verbesserungen in der Integrationspolitik vorzuweisen. Migranten in Deutschland können im Vergleich zu Migrantengruppen in anderen europäischen Ländern sich problemlos integrieren – mit der Ausnahme der muslimischen Bevölkerung, insbesondere aus der Türkei. Integrationsprobleme im letzteren Fall sind am Bildungsniveau sowie der Arbeitslosenquote bei dieser Gruppe ablesbar⁽⁶⁸⁾.

4. Gerechtigkeit, Integration, Partizipation

Die Daten des Berichts 2015 *Social Inclusion Monitor Europe* scheinen die These von Habermas erstmal zu relativieren, dass Werte in den Traditionen der politischen Kultur der europäischen Länder vorhanden sind, die Gerechtigkeitsüberlegungen unterstützen würden. Die Daten zeigen die Abschwächung von zentralen Mechanismen – wie im Fall des Integrationspotentials der Assoziationen in Frankreich –, die zur Verankerung solcher Werte historisch beigetragen hatten und gegenwärtig mit einem niedrigen Niveau in konkreten Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit im direkten Zusammenhang stehen – insbesondere den Zugang zum Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt. In diesem Rahmen wird die Integration von Migranten als ein Faktor dargestellt, der sowohl in Frankreich als auch in Deutschland in Verbindung mit niedrigen Leistungen in diesen Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit steht. Auf der Grundlage dieser zwei Beobachtungen gilt es in diesem Abschnitt Habermas'

64 Vgl. D. SCHRAAD-TISCHLER, *Social Justice in the EU* (Anm. 7), S. 102.

65 *Ebd.*, S. 103.

66 *Ebd.*, S. 101.

67 *Ebd.*, S. 104. Dieses Ergebnis wird jedoch dadurch relativiert, dass der deutsche Arbeitsmarkt genauer betrachtet gewisse Standards der sozialen Gerechtigkeit nicht erfüllt, insbesondere was die Chancen auf Vollzeit – sowie langfristige Beschäftigung angehen (*ebd.*, S. 105).

68 *Ebd.*, S. 105-106.

Ansichten noch einmal zu betrachten, um eine angemessene Einschätzung seiner These abschließend zu formulieren.

Die Zusammensetzung der Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit, die im Bericht 2015 *Social Inclusion Monitor Europe* zur empirischen Bewertung der Lage in den EU-Ländern dienen, setzt bereits die vielfach diskutierte Notwendigkeit um, von einem mehrdimensionalen Gerechtigkeitskonzept auszugehen⁽⁶⁹⁾. Wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, steht im Zentrum ein komplexes Konzept sozialer Gerechtigkeit, dass Menschen zur Gestaltung der eigenen Lebensmöglichkeiten und -wege befähigt werden und allen die Gleichheit an Chancen garantiert wird. Damit ist das Bild einer Gesellschaft eng verbunden, in der allen die Möglichkeit der Partizipation gewährleistet wird. Die Formen der Gerechtigkeit, die dabei eine Rolle spielen, umfassen diejenigen Aspekte, die in der Sozial- und politischen Philosophie bereits diskutiert worden sind: neben Umverteilung gehören auch Anerkennung und Rechtfertigung zu den Bestandteilen einer Gerechtigkeitskonzeption, die alle Sphären der Gesellschaft betrifft – von der Regelung zwischenmenschlicher Beziehungen über die Ermöglichung des Handelns in der Gesellschaft bis hin zu den Prinzipien, die die Institutionen reglementieren. Sowohl bei den sechs Dimensionen zur empirischen Einschätzung als auch bei den drei Aspekten einer philosophischen Gesamtkonzeption der sozialen Gerechtigkeit handelt es sich um das Zusammenspiel der unterschiedlichen Elemente, d.h. es wird keine Hierarchie zwischen ihnen unterstellt. In dieser Hinsicht gelten Armutsprävention und Zugang zum Arbeitsmarkt als Umverteilungsaspekte, sie sind jedoch nicht grundsätzlicher im Vergleich zur Nicht-Diskriminierung, d.h. zu Anerkennungsaspekten. Ebenfalls können Bildung und Gesundheit nicht als sekundär im Vergleich zur Armutsprävention gelten, und sie können wiederum nicht eindeutig in Bezug auf Umverteilungs-, Anerkennungs- oder Rechtfertigungsaspekte eingestuft werden. Daher ist das mehrdimensionale Konzept der sozialen Gerechtigkeit im Blick auf das Ziel zu verstehen, das dabei im Zentrum steht: die Befähigung von Menschen zum autonomen Handeln in der Gesellschaft sowie die Gleichbehandlung bzw. Gleichstellung von Menschen gegenüber gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen. Ebenfalls ist eine Gesamtkonzeption von Gerechtigkeit auf der Grundlage von Umverteilungs-, Anerkennungs- oder Rechtfertigungsaspekten in Bezug auf die Rolle zu verstehen, die Gerechtigkeit überhaupt in der Gesellschaft spielt: als Teil der moralischen, d.h. universal geltenden und daher gegenüber allen rechtfertigbaren Ansprüchen, die alle Menschen erheben können sollen.

Vor diesem Hintergrund könnte allerdings Habermas' expliziter Hinweis zur Umverteilung im Rahmen seiner Analyse zur europäischen Integration als Zeichen einer unidimensionalen Gerechtigkeitskonzeption betrachtet werden. Aber nur aus erster Sicht kann eine solche Interpretation aufrechterhalten werden, denn die von

69 David SCHLOSBERG, „Distribution and Beyond: Conceptions of Justice in Contemporary Theory and Practice“, in: DERSB., *Defining environmental Justice. Theories, Movements and Nature*, Oxford, 2007, S. 11-41, hier S. 11-12. Vgl. auch Iris YOUNG, „Displacing the Distributive Paradigm“, in: DERSB., *Justice and the Politics of Difference*, Princeton, Princeton Univ. Press, 2011, S. 15-38; Nancy FRASER, „Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition and Participation“, in: FRASER/HONNETH, *Redistribution or Recognition?* (Anm. 8), S. 7-109; R. FORST, „Das Wichtigste zuerst“ (Anm. 8).

Habermas angesprochenen „umverteilungswirksamen Programme“ haben erstens zum Ziel, den Wohlstand als *allgemein* zu gestalten, d.h. unter der Bedingung, dass soziale Exklusion dabei ausgeschlossen ist⁽⁷⁰⁾. Zweitens erfordern solche Programme die *Mobilisierung* der Bevölkerung⁽⁷¹⁾. Vor dem Hintergrund der Habermas'schen Gesellschafts- und rechtspolitischen Theorie ist diese Mobilisierung in einem doppelten Sinn zu verstehen: sowohl hinsichtlich der Zustimmung als auch der Artikulierung der Ansprüche auf Umverteilung, bei denen der Zivilgesellschaft und der politischen Öffentlichkeit eine zentrale Rolle zukommt⁽⁷²⁾. Soziale Inklusion und gesellschaftliche Mobilisierung – bei denen Anerkennungs- und Rechtfertigungsaspekte vorausgesetzt werden⁽⁷³⁾ – stehen somit im Zusammenhang mit Umverteilungsansprüchen und genau dort kann das komplexe Bild festgestellt werden, das gegen eine einseitige Gerechtigkeitskonzeption bei Habermas sprechen würde.

Wenn kein Mangel an Komplexität bei der zugrundeliegenden Konzeption sozialer Gerechtigkeit vorherrscht, gilt jedoch nach wie vor die Beobachtung, dass eine zentrale Bedingung beim Prozess der gesellschaftlichen Aushandlung von sozialer Gerechtigkeit nicht mehr zutrifft: die Ausprägung von Werten wie dem öffentlichen Kollektivismus, d.h. ein funktionierendes Potential zur politischen und zivilgesellschaftlichen Assoziation, die die europäischen Länder bei der Schaffung von sozialen Rechten einmal vorangetrieben haben, lässt nach. Aber auch in dieser Hinsicht enthalten Habermas' Ansichten die Elemente, um angesichts der gegenläufigen Tendenzen der Gegenwart Alternativen zu formulieren: gerade weil das in europäischen Ländern erreichte Wohlstandsniveau und die darin begründete Lebensform für ihre Aufbewahrung einer Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit nicht umhinkommt, und solche Auseinandersetzung nur unter Bedingungen der gesellschaftlichen und politischen Integration erfolgen kann, ist die Schwächung des integrativen Potentials zu beheben. Darauf weisen die Diagnosen hin, die Defizite in konkreten Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit auf die mangelnde Integration von sozialen, kulturellen und religiösen Bevölkerungsgruppen in den Ländern der Europäischen Union zurückführen. Nicht nur den Ungerechtigkeiten, die im mangelnden Zugang zum Arbeitsmarkt sowie dem Bildungs- und Gesundheitssystem bestehen, sondern auch den ungünstigen Bedingungen zum Sichtbarwerden, Erkämpfen und Unterstützen von entsprechenden Gerechtigkeitsansprüchen sollten aus der Perspektive von Habermas durch eine transnationale politische Integration entgegengetreten werden.

70 J. HABERMAS, „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Anm. 3), S. 110.

71 *Ebd.*

72 Vgl. J. HABERMAS, *Faktizität und Geltung* (Anm. 58), S. 399ff.

73 Beides gehört zum deliberativen, in der Diskursethik gründendem Modell von Habermas. In der Diskurstheorie werden v.a. die Rechtfertigungsaspekte deutlich artikuliert, während Anerkennungsaspekte v.a. in Bezug auf Solidarität eine Rolle spielen – die Kehrseite der Gerechtigkeit, die zusammen mit ihr die Grundelemente von Habermas' universalistischer Moralkonzeption darstellen.

Zusammenfassung

Ausgehend von der Idee, dass Gerechtigkeit als Prinzip und Wert der Europäischen Union gelten kann und sollte, analysiert der Artikel die Ansichten von J. Habermas, der anschließend an G. Therborn von einem europäischen „Wertmuster“ und einem „öffentlichen Kollektivismus“ spricht und diese als günstige Basis der politischen Auseinandersetzung mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit betrachtet. Der Artikel geht der Frage nach, inwiefern diese kulturhistorische These durch gegenwärtige Konzepte und Tendenzen hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit in Europa bestätigt wird, insbesondere in zwei Ländern, die als Motoren der europäischen Integration gelten – Frankreich und Deutschland. Unter diesem Licht erscheint der Beitrag von Habermas deutlicher: Wenngleich soziale Gerechtigkeit in diesen europäischen Ländern kritisch betrachtet werden kann, und Mechanismen zur Artikulierung vom öffentlichen Kollektivismus dort schwächer werden, zeigen Habermas' Überlegungen die Rolle, die der Zivilgesellschaft der europäischen Länder zur aktiven Artikulation von Gerechtigkeitsansprüchen einnehmen kann.

Résumé

L'article part de l'idée selon laquelle la justice peut et doit être reconnue comme une valeur et principe dans l'Union européenne et analyse ainsi les réflexions que J. Habermas articule autour des deux concepts qu'il prend chez G. Therborn : l'idée d'un schéma européen des valeurs et l'idée d'un collectivisme public que pourraient favoriser les débats politiques sur des questions de justice sociale. L'article s'interroge sur la plausibilité de cette thèse à la fois historique et culturelle face à des tendances et concepts plus actuels de justice sociale en Europe et surtout dans deux pays considérés comme moteurs de l'intégration européenne : la France et l'Allemagne. L'analyse rend plus claire la contribution de Habermas sur ce sujet : bien que la situation de justice sociale dans ces pays soit critiquable et – contraire à l'avis habermasien – et que les mécanismes servant à la reproduction du collectivisme public deviennent plus faibles, Habermas montre que la société civile dans les pays européens a un rôle à jouer dans l'articulation des demandes de justice déclenchant les débats politiques.